Schweden

RUTGER LINDAHL

Am 1.1.1995 wurde Schweden Mitglied der Europäischen Union. Nachdem die schwedischen Wähler in einem Referendum dem EU-Beitritt zugestimmt hatten, fiel Ende 1994 die endgültige parlamentarische Entscheidung dafür. Das Ergebnis fiel jedoch ziemlich knapp aus – bei einer Wahlbeteiligung von 83,3% stimmten 52% für den Beitritt Schwedens, während 47% dagegen waren (1% stimmten mit „unentschieden"). Die gut organisierte Gegenbewegung äußerte sofort nach dem Referendum, sie werde ihre Aktivitäten fortsetzen, mit dem Ziel, die Regierung zu einem Verzicht auf die EU-Mitgliedschaft zu zwingen. Die EU-Gegner sahen ihre Arbeit durch den Ausgang des Referendums in Norwegen bestätigt, wogegen die Befürworter mit dem erfolgreichen Ausgang des Referendums zufrieden zu sein schienen und somit keinen Handlungsbedarf für eine Weiterführung ihrer EU-Kampagne sahen.

Negative Meinungstendenzen gegenüber der Europäischen Union verstärkten sich im Frühjahr 1995 durch die kritische Einschätzung der Konsequenzen für Schweden aus der EU-Mitgliedschaft. Die Befürworter im Wahlkampf zum Referendum hatten argumentiert, daß eine EU-Mitgliedschaft u.a. zu einer Senkung der Zinssätze und der Lebensmittelpreise und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen würde. Nachdem keine dieser Vorhersagen eintraf, und sich die EU noch dazu als unfähig erwies, in der Bosnienkrise einstimmig und entschlossen zu handeln, nahm eine nicht unerhebliche Zahl von Ja-Wählern eine wesentlich kritischere Haltung zur EU ein. Dies wurde während der Europawahl im September 1995 besonders deutlich.

Europawahl – eine neue Erfahrung

Am 17.9.1995 hatten die schwedischen Wähler die Möglichkeit, 22 schwedische Abgeordnete in das Europäische Parlament zu wählen. Der vorausgegangene Wahlkampf wurde nicht so intensiv wie gewöhnlich geführt. Auch die Wähler schienen weniger Interesse an der Wahl zu haben, laut Umfragen wurde die Europawahl als weniger wichtig verglichen mit Wahlen zum nationalen Parlament angesehen. Eine Ursache für diese fehlende Motivation könnte in der Darstellung sowohl der Linken als auch der Grünen Partei liegen, das Europäische Parlament sei eine ziemlich machtlose Institution. Ein zweiter Grund ist in dem für schwedische Verhältnisse ungewöhnlichen Wahlsystem zu suchen. Zum ersten Mal hatten schwedische Wähler nämlich die Möglichkeit der Präferenzwahl, was von Anfang an als Hindernis für eine hohe Wahlbeteiligung angesehen wurde. Drittens hatten die Parteien meist nur relativ unbekannte Kandidaten aufgestellt. Die Folge war die Ein-

stellung der Wähler, das EP könne wirklich nicht sehr einflußreich sein, wenn sich führende Politiker nicht dafür aufstellen lassen wollten. Schließlich bestand auch noch innerhalb der Parteien die Spaltung in Befürworter und Gegner des Beitritts weiter. Viele Aktivisten der Referendum-Kampagne lieferten sich immer noch Grabenkämpfe, was bedeutete, daß mindestens zwei Parteien in allen EU-Angelegenheiten unter einer tiefen Spaltung litten. Die sozialdemokratische Partei versuchte diese Spaltung zu überwinden, indem sie ihre Liste in abwechselnder Folge mit Kandidaten der beiden Seiten besetzte.

Die Wahlkampfthemen, die in Funk und Fernsehen diskutiert wurden, dominierten auch die Parteipolitik in einem überraschend hohem Maß. So befaßte man sich während des Wahlkampfes mehr mit der zukünftigen Entwicklung Europas als mit nationalen Problemen. Diskutiert wurde bspw. die andauernd hohe Arbeitslosigkeit oder Mängel in der Umweltschutzpolitik, die Notwendigkeit konzertierter Aktionen zur Stärkung des Demokratieprozesses und der Rechtsstaatlichkeit als auch die Weiterentwicklung der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa sowie in den Baltischen Staaten.

So gingen nur 41,6% der Wahlberechtigten zur Urne, ein Rekordtief für Parlamentswahlen in Schweden. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen liegt zwischen 85% und 90%. Die eigentlichen Wahlverlierer waren die Sozialdemokraten, die mit 28% ihr schlechtestes Ergebnis in Parlamentswahlen seit Ende der 20er Jahre verbuchten. Es zeigte deutlich, daß die Parteispitze ihre Wähler nicht genügend zu mobilisieren wußte, die Parteibasis distanzierte sich von der offiziellen von EU-Fragen geprägten Parteilinie. Unter denen, die für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, gab fast die Hälfte ihre Stimme solchen, die als EU-Kritiker bekannt sind.

Basierend auf dem Ergebnis der schwedischen Parlamentswahl von 1994 war die Sozialdemokratische Partei seit Januar 1995 mit elf Sitzen im Europäischen Parlament vertreten. Das Endergebnis der Europawahl 1995 gestand der Partei aber nur noch sieben Sitze zu, vier davon entfielen auf EU-Befürworter, drei auf EU-Kritiker.

Unter den pro-europäischen Parteien gelang es nur der Gemäßigten Partei, einen bedeutenden Teil ihrer Wählerschaft zu mobilisieren. Entgegen früheren Hochrechnungen erhielt sie keinen Zuwachs, konnte jedoch die fünf Sitze sichern, die sie seit 1.1.1995 innehatte. Die Liberale Partei, die in vieler Hinsicht als ausgesprochen pro-europäisch gelten kann, verlor einen ihrer zwei Sitze. Die Christdemokratische Partei verlor ihren einzigen Sitz, da sie mit 3,9% der Gesamtstimmen die Vier-Prozent-Hürde nicht schaffte.

Die erfolgreichsten Parteien waren die beiden ausgesprochenen EU-Gegner – die Grüne Partei und die Linke Partei. Beide konnten ihren Stimmenanteil um mehr als 50% erhöhen. Im Wahlkampf hatten sie sich vor allem auf eine Darstellung der Schwachpunkte der EU konzentriert, wie z.B. die gewaltige und ineffiziente Bürokratie in den europäischen Institutionen, das Demokratiedefizit des Entscheidungs-

prozesses, die Risiken der Errichtung einer Verteidigungsgemeinschaft und die hohen Kosten der schwedischen EU-Mitgliedschaft.

Schweden wird nun bis zur nächsten Wahl mit elf Parlamentariern, die als EU-Anhänger gelten, und mit der gleichen Anzahl an EU-Gegnern im Europäischen Parlament vertreten sein.

Wirtschaftliche Erholung und Festhalten am Sparprogramm

Die schwedische Wirtschaft zeigte konkrete Anzeichen einer Erholung. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts fiel mit 3,0% besser aus als erwartet und lag um 0,8% höher als im Jahr davor. Die Arbeitslosenquote verringerte sich leicht und pendelte sich bei 7,7% ein, die Inflationsrate schließlich blieb mit 2,6% etwa gleich.

Die schwedische Exportindustrie erhielt 1995 weiterhin Aufwind. Die Mehrzahl der Unternehmen, darunter vor allem die pharmazeutische Industrie, die Zellstoff- und Papierindustrie, sowie die Elektronik- und Automobilindustrie, konnten mit sehr positiven Salden aufwarten. Hauptsächlich wurde der niedrige Kurs der Krone als Ursache für diesen Trend genannt, ein weiterer Grund mag im wiedergewonnenen Ansehen der schwedischen Wirtschaft auf den internationalen Märkten liegen. Die positive Entwicklung für den Export ging leider nicht mit einem vergleichbaren Wachstum der Inlandsmärkte einher.

Die Sparprogramme der frühen 90er Jahre, die den Haushalt stabilisieren und die wachsenden öffentlichen Ausgaben stoppen sollten, erzielten zwischen 1993 und 1995 bemerkenswerte Erfolge. Die von der Zentrumspartei unterstützte sozialdemokratische Regierung führte weitere Kürzungen im Sozialbereich durch (z.B. bei der Arbeitslosenhilfe und beim Krankengeld). Diese Einsparungen erregten zwar den Protest der Gewerkschaften und von Teilen der Opposition, die Mehrheit der Schweden sah jedoch die Notwendigkeit weitreichender Eingriffe der Regierung in die Schwedische Wirtschaft ein.

Das Voranschreiten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erregt zunehmend das öffentliche Interesse. Im Brennpunkt steht die Frage, ob es für Schweden – nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht – überhaupt von Vorteil wäre, die großen und in vielerlei Hinsicht auch schmerzhaften Anstrengungen zu unternehmen, die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfüllen zu können. Die Regierung bekundete schon früh ihren Willen, sich dieser Aufgabe zu stellen, und sieht sich darin im großen und ganzen durch die Gemäßigte Partei und die Liberale Partei unterstützt. Sowohl die Linke Partei als auch die Grünen, später auch die Zentrumspartei, standen dem Vorhaben einer Währungsunion kritisch gegenüber und argumentierten, Schwedens Beitritt zur dritten Phase der Währungsunion würde der Wirtschaft schaden und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Sie forderten außerdem, daß einer endgültigen Entscheidung hierzu ein Referendum vorangehen müsse.

Führungskrise?

Die meiste Zeit des Jahres 1995 war der frühere Regierungschef Carl Bildt, jetziger Vorsitzender der größten Oppositionspartei, der Gemäßigten Partei, aufgrund seiner Tätigkeit als EU-Repräsentant in den Friedensverhandlungen in Bosnien weit von der innenpolitischen Szene entfernt. Seine Abwesenheit, zusammen mit einem Wechsel in der Parteispitze der Liberalen, hatte einen deutlichen Effekt auf die Intensität der politischen Oppositionsarbeit.

Zur selben Zeit mußte die regierende Sozialdemokratische Partei eine interne Führungskrise bewältigen. Ingvar Carlsson, der 1986 nach der Ermordung von Olof Palme dessen Amt als Partei- und Regierungschef übernommen hatte, kündigte zu Beginn des Jahres an, daß er vorhabe, auf dem außerordentlichen Parteitag im März 1996 zurückzutreten. Die Nachfolge des Parteivorsitzes in der Sozialdemokratischen Partei war bis dahin immer ein sehr sachte arrangierter interner Prozeß gewesen. Dieses Mal jedoch war es anders. Der als Favoritin gehandelten stellvertretenden Regierungschefin Mona Sahlin war eine Kandidatur von Anfang an unmöglich, da ihr vorgeworfen wurde, sie habe eine offizielle Kreditkarte der Regierung für private Ausgaben eingesetzt. Ein paar Monate später wurde enthüllt, daß Göran Persson, damals Finanzminister, der neue Kandidat sein würde. Im März 1996 wurde er offiziell als neuer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei bestätigt und dadurch automatisch auch neuer Regierungschef von Schweden.

Die Vorbereitungen für die Regierungskonferenz

Die allgemeine Diskussion über die Europäische Union war zwar während der ersten Hälfte der 90er Jahre sehr intensiv, wurde aber eher in Fachkreisen geführt und zog erst in den letzten Monaten vor dem Beitrittsreferendum im November 1994 eine breitere Öffentlichkeit an. Auch die aktuelle Debatte über die Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages kann noch als Fachdiskussion gelten, da bisher vorrangig politische und wirtschaftliche Themen der nationalen Politik die Berichterstattung dominierten, während die Regierungskonferenz erst seit kurzem im Brennpunkt öffentlichen Interesses steht. Die noch aus dem Beitritt zur EU resultierenden zu bewerkstelligenden Anpassungen erschwerten und behinderten die offiziellen Vorbereitungen für die Regierungskonferenz in nicht unerheblichem Maße. Der Regierung und den pro-europäischen Parteien wurde vorgeworfen, die Öffentlichkeit nicht genügend über die schwedische Haltung zu den verschiedenen Themen auf der Agenda dieser Regierungskonferenz informiert zu haben. Parlament und Regierung haben jedoch inzwischen Initiativen zur Öffentlichkeitsarbeit unternommen, indem zum Beispiel 1995 eine spezielle parlamentarische EU '96-Kommission eingesetzt wurde. Diese Kommission hat inzwischen mehr als 25 Expertenberichte zu verschiedenen Aspekten der während der Regierungskonferenz zu behandelnden Themen veröffentlicht.

In einer Ansprache an das Parlament im Dezember 1995 stellte die Regierung drei Hauptziele vor. Das erste sei, für die Arbeit innerhalb der EU einen stärkenden

Rückhalt durch die Bevölkerung und damit mehr demokratische Legitimität zu erreichen. Das zweite würde die Vereinfachung der Erweiterung sein und das dritte eine verstärkte Kooperation in für Schweden sehr wichtigen Bereichen. Besondere Betonung wurde auf die Förderung eines hohen Wirtschaftswachstums, eines hohen Beschäftigungsniveaus und verbesserter Umweltschutzbedingungen gelegt. Die Ziele selbst wurden in Schweden kaum in Frage gestellt, doch wurden die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, kritisiert.

Mehr Transparenz wurde als wichtiger Faktor der Legitimität der EU und ihrer Institutionen genannt. Der schwedische Standpunkt dazu ist, daß höhere Effektivität und mehr Transparenz durchaus miteinander vereinbar seien. Es scheint auch der einstimmige Wunsch nach effizienteren Entscheidungsabläufen zu existieren. Zur Erreichung dieses Ziels sind Regierung und einige der Oppositionsparteien bereit, einen häufigeren Gebrauch der Mehrheitsentscheidung zu erörtern. Das gegenwärtige Gleichgewicht zwischen großen und kleinen Ländern müsse jedoch soweit als möglich erhalten bleiben. Schweden wird für eine effizient arbeitende Kommission, für eine Stärkung des Europäischen Parlaments sowie für einen unabhängigen und mit mehr Rechten ausgestatteten Gerichts- bzw. Rechnungshof eintreten.

Schweden wird sich für ein Anheben der Umweltstandards und einen besseren Verbraucherschutz einsetzen. Einige der vorgeschlagenen Gesetzesreformen zum Umweltschutz wurden von den Grünen und Umweltschutzorganisationen einerseits als nicht weitreichend genug kritisiert, Gewerkschaften und Industrie befürchten andererseits dadurch Fabrikenstillegungen und wachsende Arbeitslosigkeit. Die Regierung hat die Errichtung einer Organisation für Beschäftigungsfragen vorgeschlagen, die europaweit die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verbessern soll. Dieses Vorhaben wurde auf nationaler Ebene hauptsächlich deswegen kritisiert, weil es zu vage formuliert sei, jedoch hat es die Aufmerksamkeit von Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten erregt.

Im Bereich der GASP besteht auf nationaler Ebene immer noch eine starke Kontroverse. Die gegenwärtige Politik der „militärischen Bündnisneutralität" genießt in der Öffentlichkeit breite Unterstützung. Die traditionelle „Politik der Neutralität" wurde 1992 aufgegeben, als das Parlament über eine Neuformulierung des alten Textes beriet. Die neue Formulierung fokussiert die „militärische Bündnisneutralität" und bereitet Schweden damit auf die EU-Mitgliedschaft vor. Seit diesem Zeitpunkt hat Schweden unter NATO-Kommando an UNPROFOR- und IFOR-Missionen in Bosnien teilgenommen, ist es Unterzeichner der Partnerschaft für den Frieden und hat es den Beobachterstatus in der WEU inne. Schweden hält das Petersberger Abkommen für eine nützliche Basis hinsichtlich der Entwicklung von Mechanismen zur Konfliktprävention (Frühwarnsystem) und friedenserhaltenden Maßnahmen unter der Schirmherrschaft der UNO oder der OSZE.

Schweden ist der Ansicht, daß die zweite Säule des Maastrichter Vertrages auf der Zusammenarbeit der Regierungen beruhen müsse, hält aber gleichzeitig am konstruktiven Dialog über die häufigere Anwendung des Mehrheitsprinzips fest,

z.B. bei Beschlüssen über gemeinsame Aktionen. Das Vetorecht sollte für Bereiche des vitalen nationalen Interesses gewahrt bleiben. Die Einrichtung einer Agentur zur Planung, Analyse und Auswertung wird begrüßt, während die Einstellung gegenüber dem Modell des Herrn/der Frau GASP aufgrund der Gefahr, das gegenwärtige System der nationalen Eigenverantwortlichkeit zu zerstören, eher zögerlich ist.

Die dritte Säule hat bis jetzt kaum öffentliches Interesse erregt. Zwei Themen wurden allerdings von Zeit zu Zeit im Parlament und in den Medien diskutiert. Das erste betrifft die liberale schwedische Asyl- und Einwanderungspolitik im Vergleich zu der Linie der EU und einiger ihrer Mitgliedstaaten. Die schwedische Regierung hat vorgeschlagen, diesen Politikbereich in die erste Säule zu transferieren, was bedeuten würde, daß dieser in Zukunft der gemeinschaftlichen Gesetzgebung unterläge. Dieses Ansinnen wurde von einigen Oppositionsparteien scharf kritisiert, von anderen jedoch unterstützt. Das zweite Thema befaßt sich mit dem Beitritt Schwedens zum Schengener Abkommen, dieser ist an die Bedingung geknüpft, daß auch Schwedens nordische Nachbarn Norwegen und Island als Mitglieder akzeptiert werden.

Die Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die EU wird begrüßt, ebenso wie die Erweiterung des Art. 119 EGV, der sich mit der Gleichstellung der Geschlechter befaßt.

Um zu illustrieren, wie sehr die Opposition immer noch gegen Schwedens EU-Mitgliedschaft eingestellt ist, soll nicht unerwähnt bleiben, daß formell von zwei Oppositionsparteien die Forderung aufgebracht wurde, eine Klausel in die Verträge einzufügen, die einen eventuellen Austritt aus der EU regeln würde. Der Regierungsgipfel 1996 wird in Schweden als sehr ernste Sache betrachtet. Sowohl die Regierung als auch die Oppositionsparteien möchten, daß Schweden eine aktive Rolle bei der Gestaltung einer kooperativen Struktur Europas spielt, die Frieden, Stabilität und wirtschaftlich günstige Verhältnisse für das nächste Jahrhundert zu garantieren vermag.

Auch wenn die öffentliche Diskussion nur langsam ins Rollen gekommen ist, gibt es Anzeichen dafür, daß sich dies noch 1996 ändern wird. Die Anregung wird nicht nur von der Regierungskonferenz, sondern auch von der Währungsunion kommen. Diese Mischung liefert alle Zutaten für eine neue intensive Debatte über die Zukunft der Europäischen Union.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Albinger, Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.